



Mitglieder des Deutschen Bundestages
Abgeordnete für Ostwestfalen-Lippe
der CDU/CSU Bundestagsfraktion

Pressemitteilung

Berlin, den 11. Mai 2012

Risiken für Mensch und Natur bei Fracking vollständig ausschließen

Laut der ostwestfälisch-lippischen Unionsabgeordneten im Deutschen Bundestag sind die Anträge der Opposition gegen Fracking als reines Wahlkampfgetöse zu werten. Die Regierungskoalition hat bereits im vergangenen Jahr für eine umfassende Untersuchung der Förderung von unkonventionellem Erdgas gesorgt.

Bevor man die Fracking-Methode einsetzt, braucht man eine umfassende Erforschung von Risiken. Dies hat Bundesumweltminister Norbert Röttgen bereits im Jahr 2011 sehr gut eingeleitet. Eine wissenschaftliche Studie über die Risiken des Fracking für die Umwelt und die Bevölkerung wurde vom Bundesminister bereits im Sommer des vergangenen Jahres für das Umweltbundesamt in Auftrag gegeben. Der aktuelle Antrag der Opposition zu diesem Thema kommt viel zu spät und ist deshalb überflüssig. Diese Aktion entblößt einen weiteren hektischen Versuch, die Wähler in NRW mit nebelhaften Aussagen zu verwirren.

Fest steht, dass Fracking Risiken birgt, die man noch nicht einschätzen kann. Solange man über keine umfangreichen und wissenschaftlich vertretbaren Risikokenntnisse verfügt, darf die wirtschaftliche Nutzung von Fracking nicht zugelassen werden. Aus diesem Grund ist auch die Zulassung von weiteren Genehmigungen für Fracking nicht vertretbar. Zudem darf diese Methode aus Umweltschutzgründen in bestimmten Gebieten – beispielsweise in Trinkwasserschutzgebieten – grundsätzlich nicht zugelassen werden, weil Gefahren für das Grund- und Trinkwasser aufgrund des Einsatzes von Chemikalien bislang nicht ausgeschlossen werden können. Für eine entsprechende Umwelterträglichkeitsprüfung muss das Bergrecht geändert werden.

Darüber hinaus muss ein derartiges Verfahren auch Akzeptanz bei der Bevölkerung finden. In Ostwestfalen-Lippe sind Bürger bezüglich dieser Methode stark verunsichert. „Die Ängste der Bürger in unserer Region sind ernst zu nehmen“, so die OWL-Abgeordneten der CDU/CDU-Bundestagsfraktion.

Die Landesregierung ist in der Pflicht, die Aufklärung der Bevölkerung über die Risiken des Fracking deutlich zu verbessern. An dieser Stelle hat Sicherheit die höchste Priorität. Genehmigungen dürfen nur erteilt werden, wenn Risiken für Mensch und Natur vollständig ausgeschlossen werden können. Die Sicherheit unserer Bürger ist das entscheidende Kriterium, was zu keinem Zeitpunkt vernachlässigt werden darf.

Ralph Brinkhaus MdB

Cajus Caesar MdB

Jürgen Herrmann MdB

Steffen Kampeter MdB

Dr. Carsten Linnemann MdB

Lena Strothmann MdB